



Institutionelles Abkommen mehrheitlich akzeptiert, allerdings nicht als Königsweg

Standort Schweiz 2021 – Europafragen

Im Auftrag der Interpharma

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Alexander Frind: Projektleiter

Daniel Bohn: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Aaron Venetz: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Bern, 28. April 2021

1 Vorteilssicht auf Bilaterale bleibt zentral

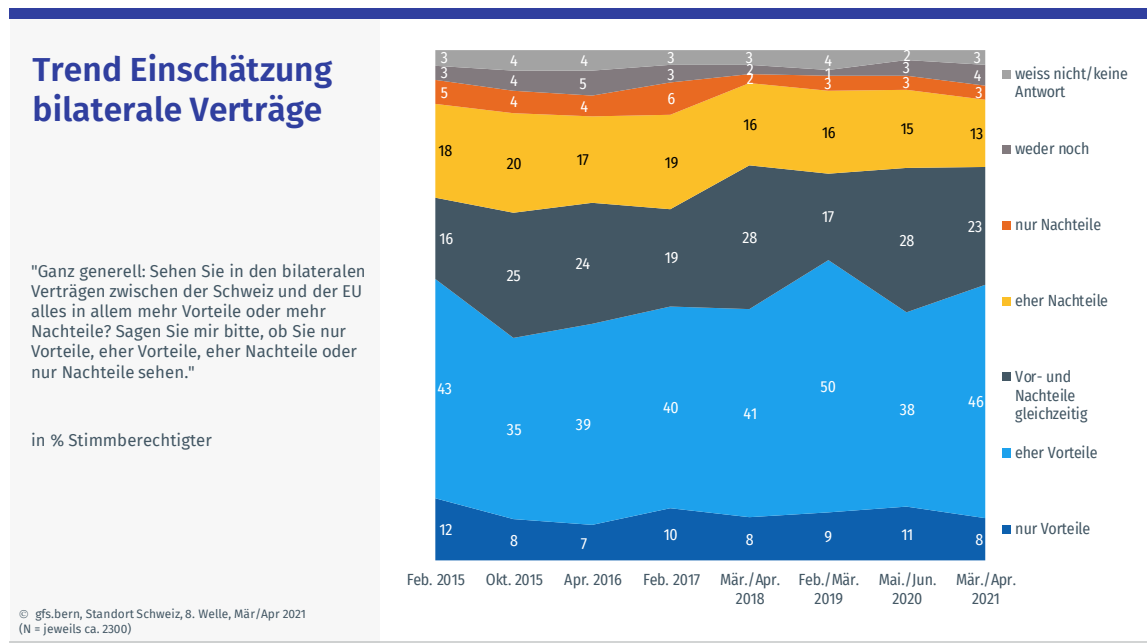


Nach wie vor beurteilt eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten die Bilateralen aus einer Vorteilssicht heraus. Die Nachteilssicht wird demgegenüber nur von einer Minderheit eingenommen. Wie in Vergangenheit entsteht dieses Bild durch Vorteile für die Schweizer Wirtschaft und den Wohlstand in der Schweiz, während die Kritik an der Personenfreizügigkeit und deren Folgen für die Schweiz, aber auch das Handeln der EU während der COVID-19-Krise die klar minderheitlich Kritik alimentiert.

Die Zeit seit der letzten Befragung im Mai 2020 stand nicht nur im Zeichen der COVID-19-Krise mit weiteren teilweisen Lockdowns und Beginn der Impfungen. Ab Herbst 2020 beschäftigte sich das Stimmvolk auf nationaler Ebene auch mit politischen Themen ausserhalb der aktuellen Gesundheitskrise. Im September 2020 lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung die Begrenzungsinitiative deutlich ab, anfangs 2021 wurde ein Freihandelsabkommen mit Indonesien an der Urne ausgesprochen knapp angenommen. In den letzten Monaten wurde auch der Stillstand und die Uneinigkeit in Bezug auf die Verhandlungen mit der EU zum Rahmenabkommen immer offensichtlicher, wenn auch der aktuelle Verhandlungsbesuch von Bundespräsident Parmelin in Brüssel erst rund einen Monat nach der Befragung 2021 stattfand.

Bezeichnenderweise zeigen sich die generellen Grundhaltungen gegenüber der formalen Beziehung zwischen der Schweiz und der EU in Form der Bilateralen Verträge relativ unbeeindruckt von dieser starken aktuellen Dynamik:

Grafik 1

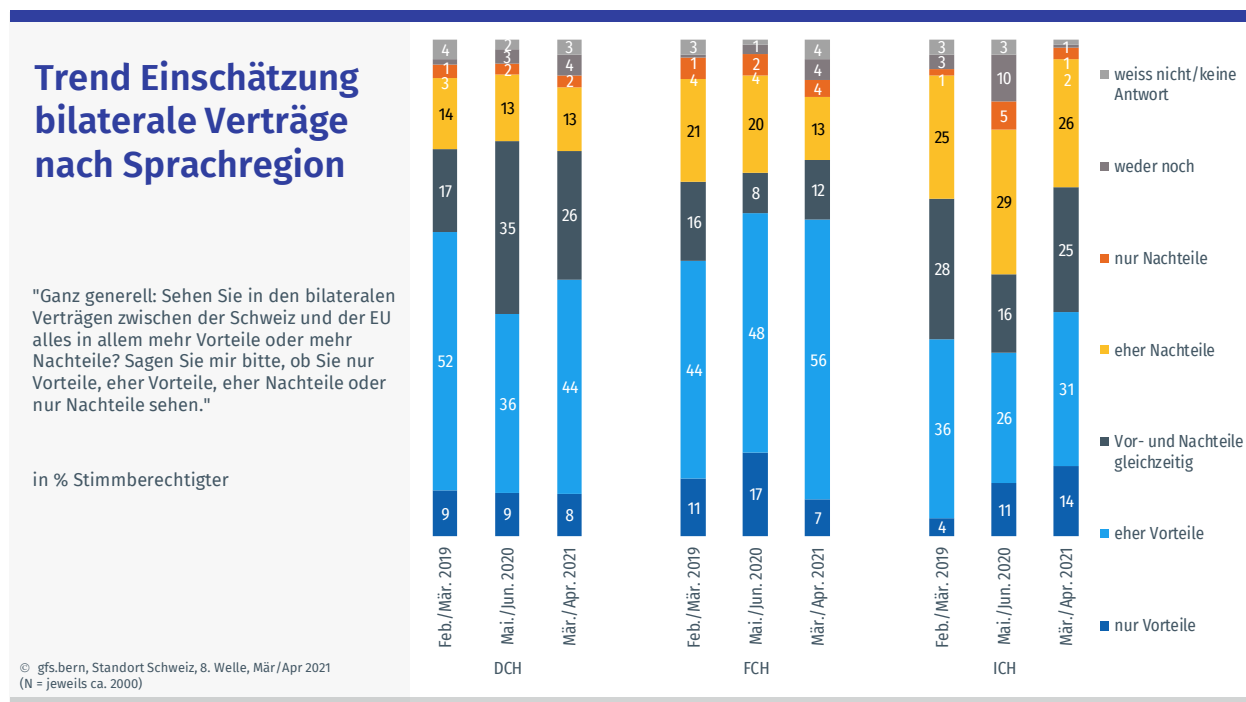


Mehrheitliche 54 Prozent aller Schweizer Stimmberechtigten sehen in den bilateralen Verträgen hauptsächlich Vorteile, klar minderheitliche 16 Prozent stellen die Nachteile in den Vordergrund. Damit hat sich auch der letztmals konstatierte Rückgang in der Vorteilssicht zurückkorrigiert, die kurzfristige coronabedingte Verunsicherung scheint da-

mit nicht mehr vorhanden. Insgesamt bleibt damit die positive Beurteilung der Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU ein sehr stabiles Fundament für jegliche themenbezogene Diskussion. Dies betrifft insbesondere auch Reformabsichten: Es gilt zu erklären, wieso sie im Rahmen einer grundsätzlich zufriedenstellenden Situation nötig sind.

Der leichte Aufschwung innerhalb der Vorteilssicht findet dabei verstärkt in der deutschen und italienischen Schweiz statt und damit exakt in den beiden Sprachregionen, welche 2020 verstärkt an Vorteilssicht eingebüsst hatten:

Grafik 2



Insbesondere ist die Vorteilssicht in der Deutschschweiz 2021 wieder mehrheitlich gegeben, wenn auch das Niveau 2019 nicht erreicht wurde.

Ungebrochen bleibt aber die Beurteilung aus parteipolitischer Sicht das wichtigste Differenzierungsmerkmal:

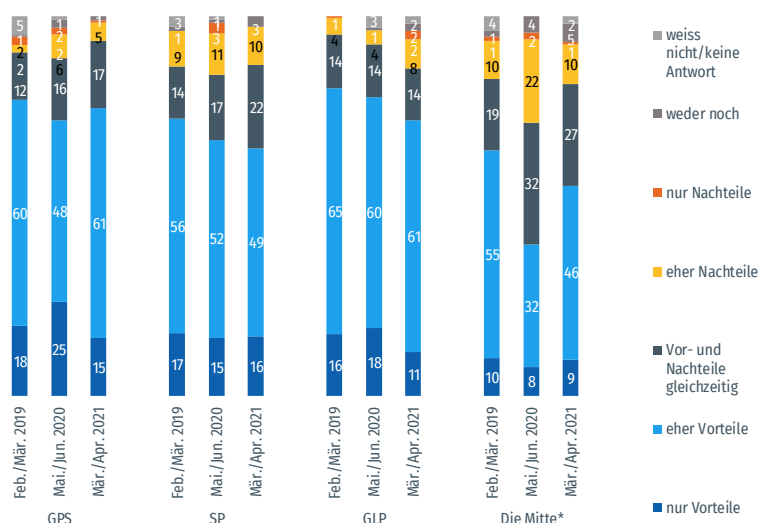
Grafik 3

Trend Einschätzung bilaterale Verträge nach Parteibindung (1/2)

"Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? Sagen Sie mir bitte, ob Sie nur Vorteile, eher Vorteile, eher Nachteile oder nur Nachteile sehen."

in % Stimmberechtigter

© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021
(N = jeweils ca. 2000), * bis 2020: CVP



Ungebrochen überdurchschnittlich ist die Vorteilssicht unter Personen mit Affinitäten zu Linksgrün bis hinein in die Mitte, während die Nachteilssicht auf der rechtskonservativen Seite stärker (wenn auch nicht mehrheitlich) ausgeprägt ist. Allerdings zeigt sich gerade auch in dieser Sympathisantenschaft eine Zunahme der Vorteilssicht, der Tiefstand 2020 hat sich damit 2021 korrigiert.

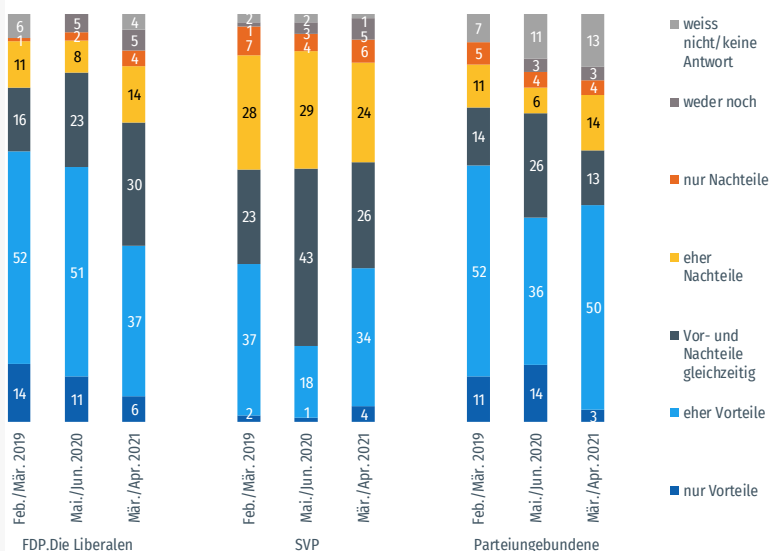
Grafik 4

Trend Einschätzung bilaterale Verträge nach Parteibindung (2/2)

"Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? Sagen Sie mir bitte, ob Sie nur Vorteile, eher Vorteile, eher Nachteile oder nur Nachteile sehen."

in % Stimmberechtigter

© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021
(N = jeweils ca. 2000)

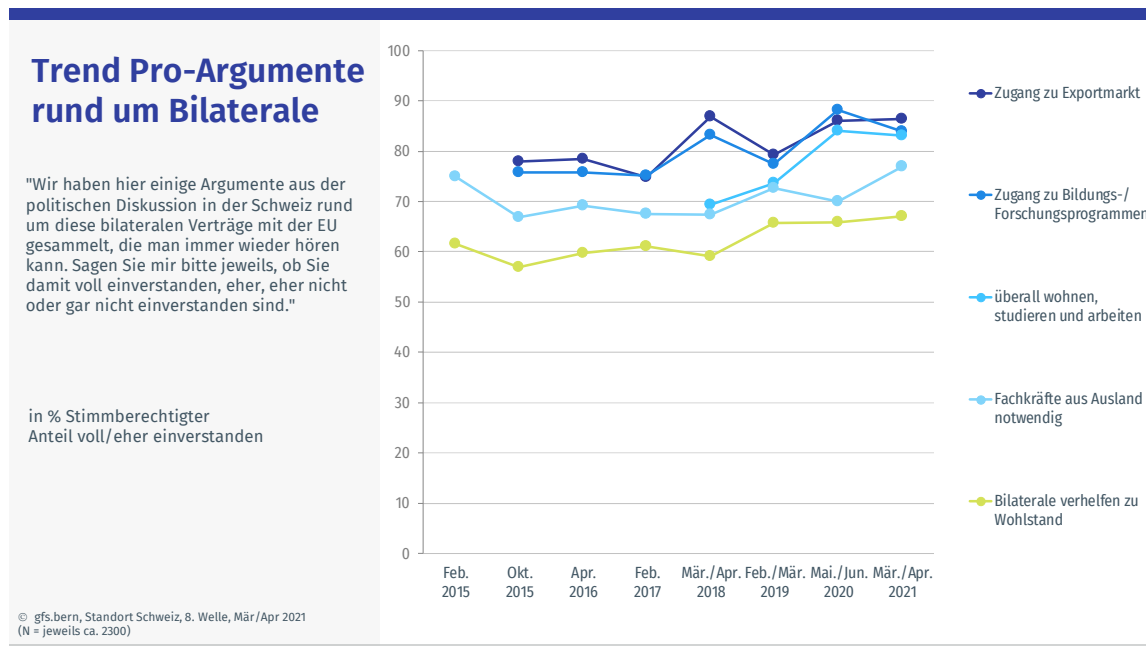


Bemerkenswert ist hingegen die Abnahme der Vorteilssicht unter FDP-Sympathisant*innen. Neu sprechen sich gewichtige aber minderheitliche 43 Prozent aller FDP-Sympathisant*innen für eine Vorteilssicht aus, was 19 Prozentpunkte tiefer ist als 2020. Eine gleiche Ausgangslage beobachteten wir auch 2014 im Umfeld der Masseneinwan-

derungsinitiative, als gerade unter FDP-Sympathisant*innen situativ ein EU-kritisches Bild herrschte als vorher und nachher. Augenscheinlich hatten die gewichtigen FDP-Stimmen, welche sich in letzter Zeit sehr öffentlich gegen das Rahmenabkommen aussprachen, durchaus eine gewisse Wirkung auf die Sicht auf die Bilateralen Verträge.

Auf der argumentativen Ebene bleiben der Anschluss der Schweiz an Forschungs- und Bildungsprogramme, der Exportzugang und die Mobilität die wichtigsten positiven Elemente der Bilateralen Verträge aus Sicht der Stimmberechtigten. Wie schon 2020 erreichen sie jeweils Zustimmungswerte zwischen 80 und 90 Prozent. Leicht zugenommen hat die Einschätzung zur Notwendigkeit von ausländischen Fachkräften.

Grafik 5



Auf der Gegenseite bleiben auch 2021 die bekannten kritischen Punkte gegenüber den Bilateralen: Die Meinung, dass durch die Personenfreizügigkeit die einheimischen Löhne unter Druck geraten, erreicht über 60 Prozent Zustimmung und damit wieder die Werte der letzten Jahre. Auch wenn sich der Höchststand 2020 nicht wiederholt, bleibt dieses Argument das meistgeteilte kritische. Ebenfalls mehrheitliche Unterstützung erhält die Aussage, dass die Zuwanderung eine Belastung für die Sozialwerke ist. Mögliche Auswirkungen auf Miet- und Immobilienpreise sowie die Wahrnehmung des Kontrollverlustes bei der Zuwanderung werden leicht tiefer als 2020 geteilt und erhalten auch 2021 keine absoluten Mehrheiten mehr. Unter 30 Prozent der Stimmberechtigten sind der Meinung, dass die Schweiz nicht auf die bilateralen Verträge angewiesen ist. Auch hier hat sich der Wert gegenüber der Entwicklung 2020 leicht zurückkorrigiert, bleibt aber sichtbar unter dem Stand 2019.

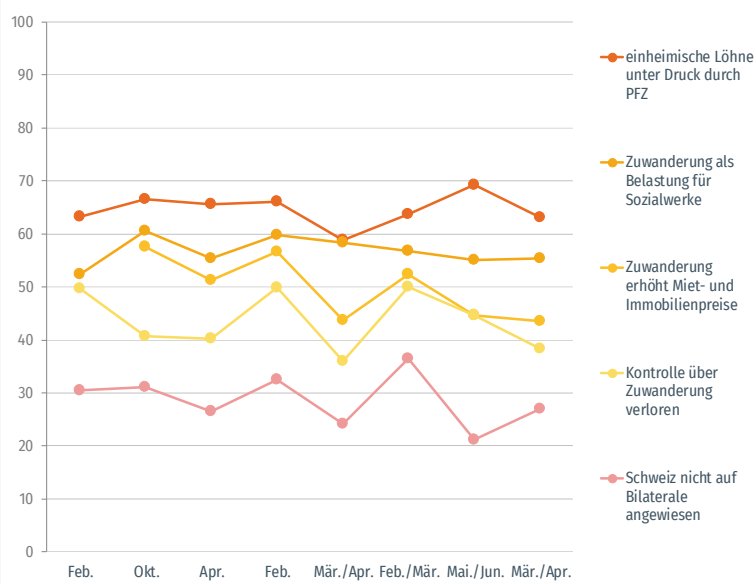
Grafik 6

Trend Contra-Argumente rund um Bilaterale

"Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter
Anteil voll/eher einverstanden

© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021
(N = jeweils ca. 2300)



Die Coronakrise fügt der europapolitischen Meinungsbildung eine neue Dimension hinzu, denn sie hat einen negativen Einfluss auf die Stimmung gegenüber den bilateralen Verträgen. 45 Prozent der Stimmberechtigten geben an, dass sich Ihre Haltung gegenüber den vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ins nachteilige verändert hat. Etwas mehr als ein Viertel der Stimmbevölkerung äussert sich aufgrund der Krise verstärkt positiv gegenüber den bilateralen Beziehungen.

Auf der Beziehungsebene finden sich ebenfalls keine grossen Sprünge innerhalb der verschiedenen ausgetesteten Zugängen:

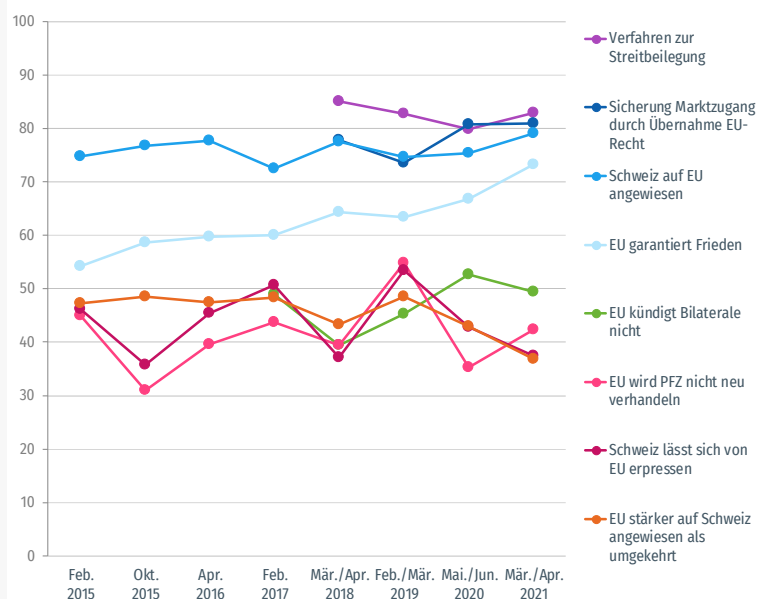
Grafik 7

Trend Sicht auf Beziehung Schweiz und EU

"In der Diskussion über die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU wird auch immer wieder über die Rolle der EU diskutiert. Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen rund um die Rolle der EU. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter
Anteil voll/eher einverstanden

© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021
(N = jeweils ca. 2300)

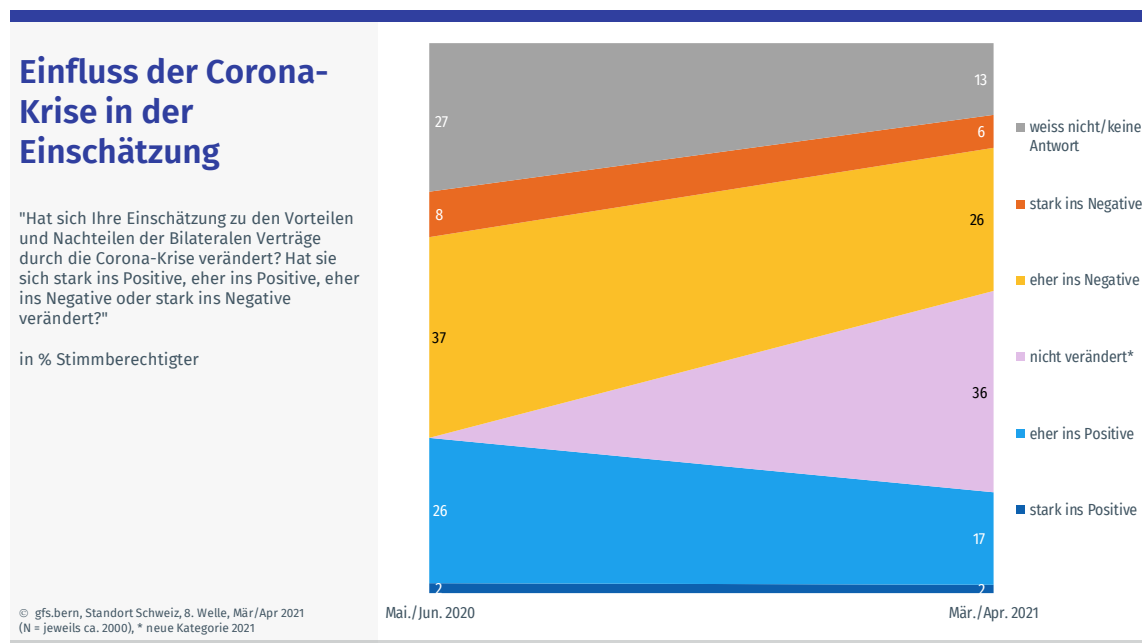


Nach wie vor unterstreichen grosse Mehrheiten, dass wir uns dank der bisherigen selektiven Übernahme von EU-Recht einen für die Schweiz zentralen Marktzugang sichern. Dabei wird unverändert stark auch die grundsätzliche Wichtigkeit eines Verfahrens zur Streitbeilegung betont.

Leicht verschoben hat sich hingegen die Vorstellung, inwiefern die EU umgekehrt auf die Schweiz angewiesen ist: Die Schweizer Stimmberechtigten gehen leicht weniger stark davon aus, dass die EU überdurchschnittlich auf die Schweiz angewiesen ist, während die Vorstellung, dass die EU auf Anpassungswünsche der Schweiz in Bezug auf das Personenfreizügigkeitsabkommen wohlwollend reagiert, leicht an Zustimmung verloren hat. Insgesamt zeigt sich 2021 in der Bevölkerung leicht stärker das Bild einer Schweiz, die auf die EU angewiesen ist, während diese Abhängigkeit und damit die Kompromissbereitschaft seitens der EU leicht tiefer eingeschätzt wird als 2020.

Weniger Dynamik im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich in Bezug auf die Einflüsse der COVID-19-Krise auf das Meinungsbild gegenüber der Bilateralen Verträgen:

Grafik 8



So äussert rund ein Drittel der Schweizer Stimmberechtigten keine Veränderung in der Beurteilung durch die Krise, während leicht reduzierte 32 Prozent eher negativer und 19 Prozent eher positiver geprägt sind. Damit scheint sich auch hier, ein Jahr nach Beginn der Krise, eine gewisse Normalisierung in der Beurteilung einzustellen.

Die Normalisierung auf dieser Dimension findet sich am stärksten unter SVP-Sympathisant*innen. Diese sahen 2020 zu 68 Prozent mit Blick auf die Bilateralen durch Corona verstärkt negative Punkte, während dieser Anteil 2021 noch minderheitliche 41 Prozent ausmacht.

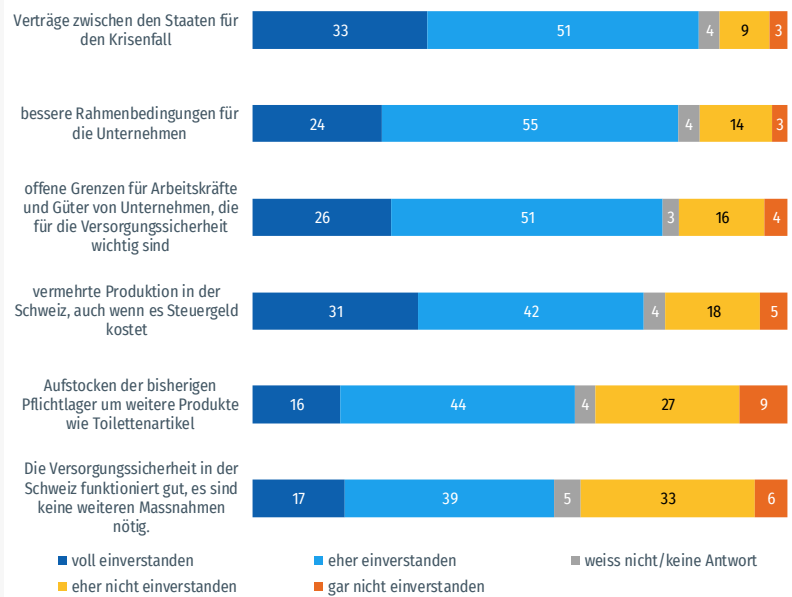
Normalisierung bedeutet hingegen keineswegs, dass man aus der Krise keine Lehren ziehen möchte:

Grafik 9

Versorgungssicherheit

"Ganz generell, mit welchen der folgenden Massnahmen zur Stärkung der Versorgungssicherheit sind Sie sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten?"

in % Stimmberechtigter

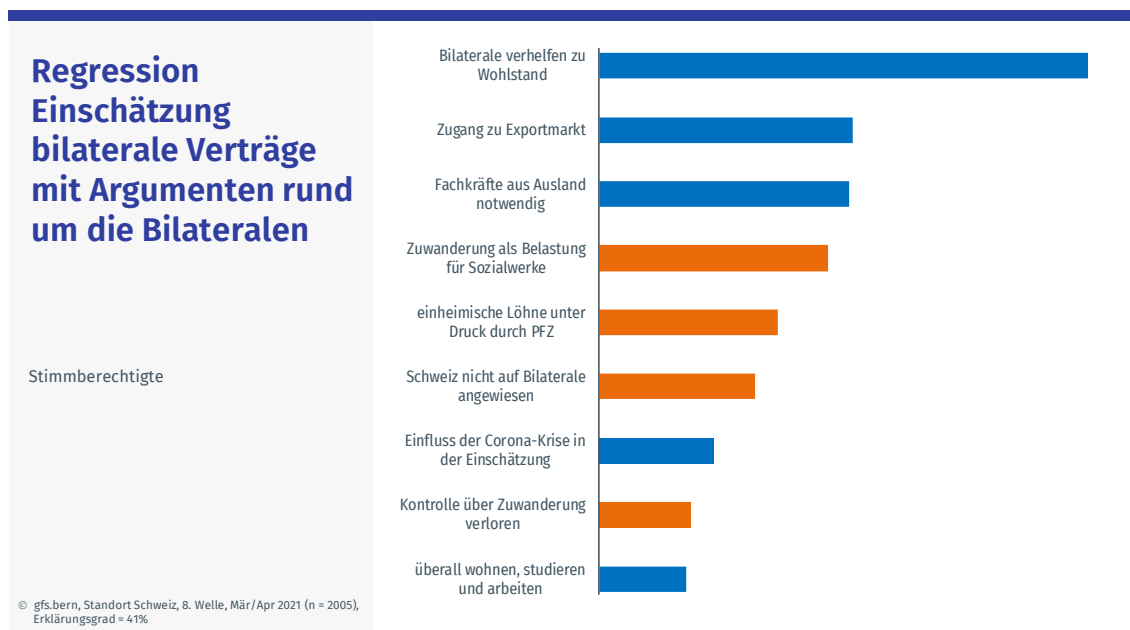


© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021 (N = 2005)

Insgesamt werden liberale Positionen wie verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und offene Grenzen für Arbeitskräfte leicht stärker bevorzugt als staatliche wie Pflichtlagervorschriften, es zeigt sich aber deutlich, dass die Schweizer Stimmberechtigten auf der ganzen gedanklichen Klaviatur über Verbesserungen nachdenken wollen. Bezeichnend ist auch, dass 56 Prozent aller Befragten festhalten, dass die Versorgungssicherheit in der Schweiz an sich gut funktioniert, und der Anpassungsbedarf damit nicht eminent ist.

Die Einschätzung zu den aktuellen bilateralen Verträgen lässt sich mit weitergehenden Analysen auch inhaltlich begründen:

Grafik 10



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die Argumente für oder gegen die Bilateralen) auf eine abhängige Variable (Vor-/Nachteils-sicht Bilaterale). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu Zustimmung (blau) oder eher zu Ablehnung (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Wer zum Schluss kommt, dass die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung verloren, durch die COVID-19-Krise ein kritischeres Bild gegenüber der EU gewonnen hat, Probleme für Löhne und Sozialwerke sieht, sowie verstärkt davon ausgeht, dass die Schweiz auf die Bilateralen nicht angewiesen ist, stellt die Bilateralen in ein kritisches Licht. Demgegenüber entsteht die positive Beurteilung hauptsächlich durch die Vorstellung, dass die Bilateralen der Schweiz zum Wohlstand verhelfen, einen Zugang zum wichtigen europäischen Exportmarkt öffnen, sowie wichtige Vorteile von Personenfreizügigkeit generieren. Da die positiven Aspekte mehr Zustimmung erfahren, als die meinungsrelevanten negativen, erstaunt die mehrheitliche Sympathie gegenüber der aktuellen Bilateralen in der Folge auch nicht weiter.

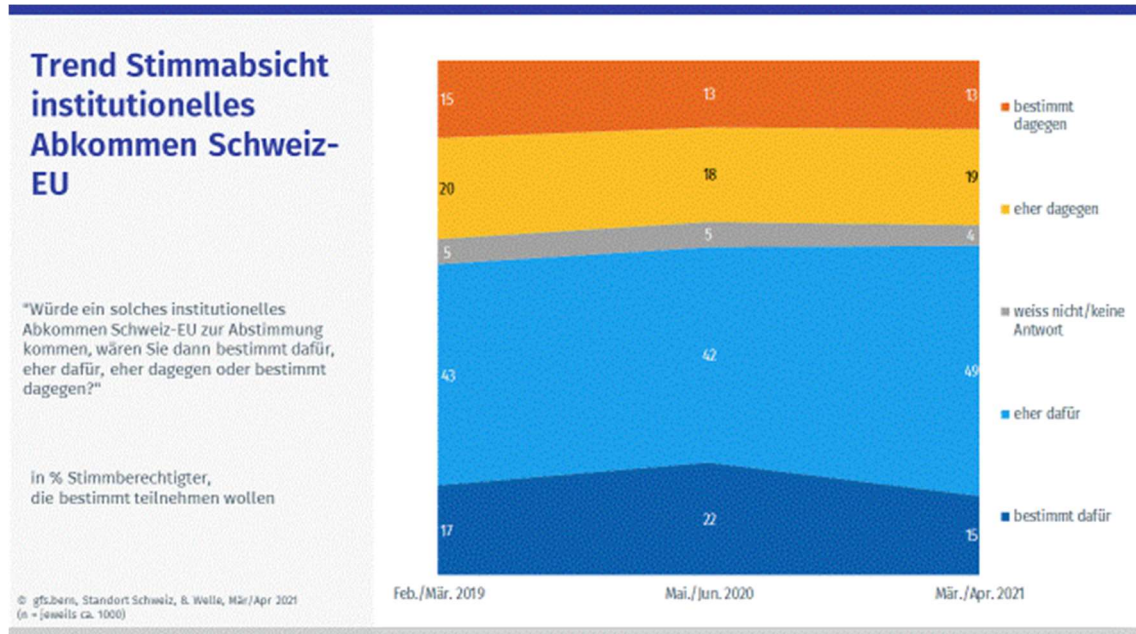
2 Das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und EU findet ungebrochen Mehrheit



Das Rahmenabkommen hat unverändert eine Mehrheit. Die Sicherung des Exportzugangs und geregelte Beziehungen für die Schweizer Wirtschaft sind der Stimmbevölkerung ein wichtiges Bedürfnis. Die Wahrnehmung als «Knechtschaftsvertrag», aber auch die Vorstellung, dass sich das Abkommen besser verhandeln lässt, bestehen weiterhin als wichtigste Kritikpunkte mit negativer Meinungswirkung, es handelt sich aber nicht um eine Mehrheitsmeinung in der Stimmbevölkerung. Ungebrochen ist das institutionelle Abkommen, aber nicht der Königsweg, wenn sich auch andere Formen der strukturierten Zusammenarbeit mit der EU finden würden.

Ausgesprochen grosse Stabilität zeigt sich in Bezug auf die generelle Akzeptanz gegenüber einem institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU:

Grafik 11

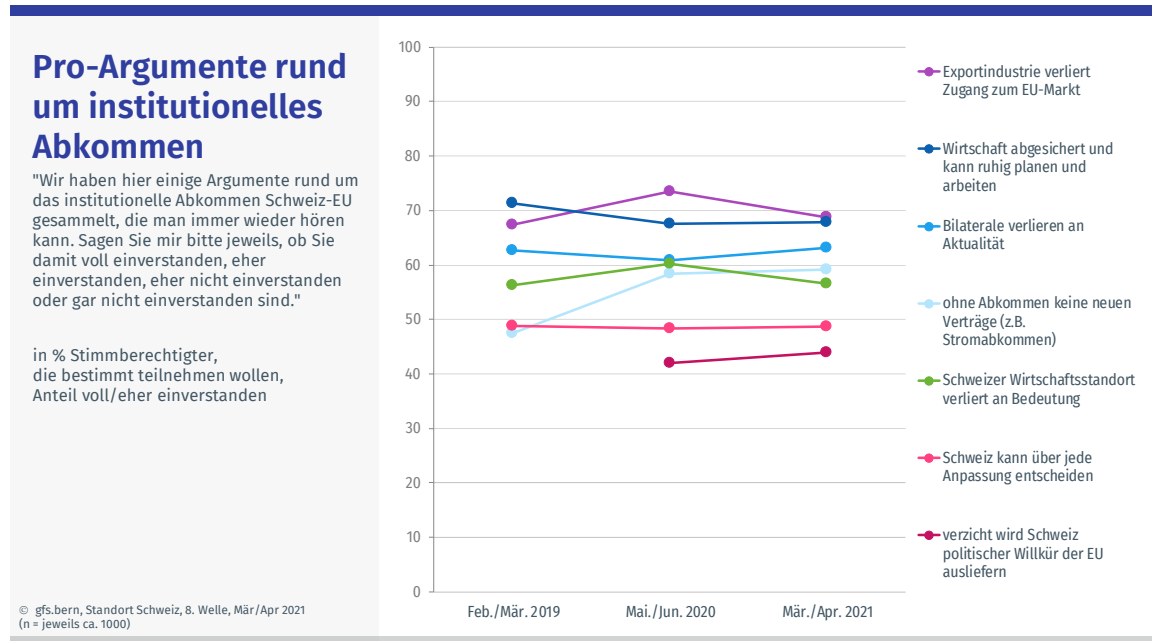


Identische 64 Prozent aller Teilnehmewilligen sprechen sich mehr oder weniger gezielt für das institutionelle Abkommen aus, was ebenso unveränderte 32 Prozent verneinen. Damit führte weder die COVID-19-Krise, noch die Entscheide rund um die Begrenzungsinitiative oder das Freihandelsabkommen mit Indonesien zu einer generellen Neubeurteilung dieses Abkommens. Es bleibt damit aber auch die spürbare Volatilität: Nur gerade 28 Prozent äussern sich aktuell dezidiert für oder gegen das Abkommen und machen damit den klar minderheitlichen Kern der klar Entschiedenen aus. Alle anderen werden durch die kommenden Diskussionen potenziell beeinflusst. Nichts desto trotz weist das geplante Abkommen ungebrochen einen wohlwollenden Startvorteil für die weitere Debatte auf.

Diese gegenüber dem Abkommen wohlgesinnte Mehrheit findet sich mit einer Ausnahme innerhalb aller untersuchten Merkmalsgruppen. Die Ausnahme bezieht sich, wie

in den Vorjahren, auf Sympathisant*innen der der SVP, welche sich als einzige mit 64 Prozent mehrheitlich gegen das Abkommen aussprechen.

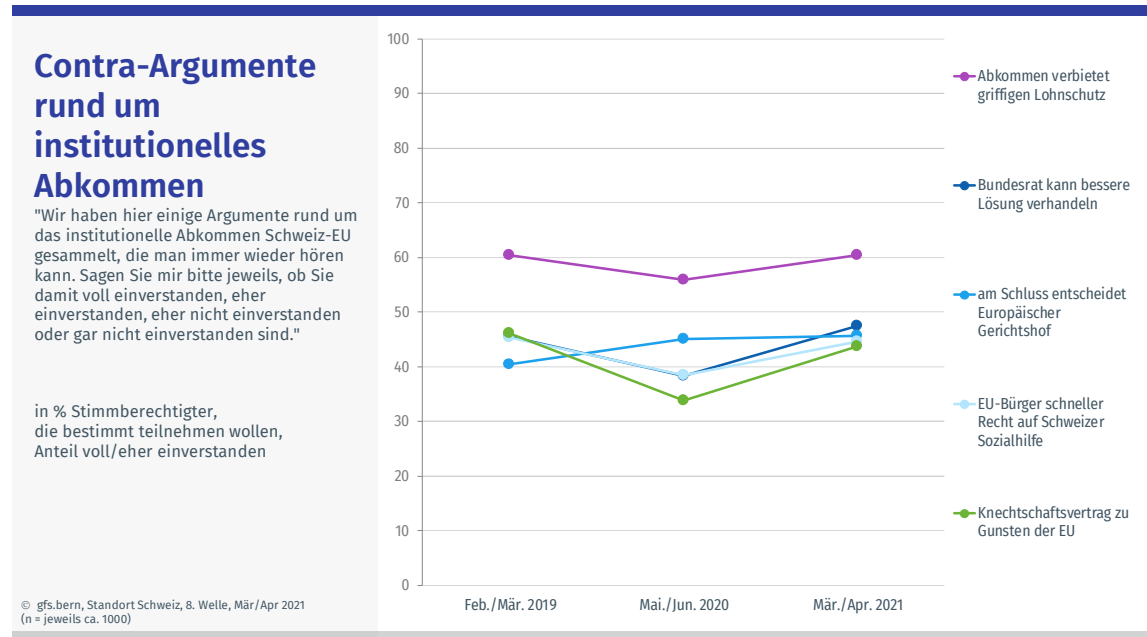
Grafik 12



Unverändert ist eine ganze Reihe abgefragter Argumente für das Rahmenabkommen weiterhin mehrheitsfähig. Die Sicherung des Zugangs zum Exportmarkt bleibt auch 2021 aus Sicht der Stimmberechtigten die höchste Priorität. An zweiter Stelle steht für die Stimmberechtigten die Planungssicherheit für die Wirtschaft. Mehrheitlich nehmen die Stimmberechtigten auch einen Aktualitätsverlust der Bilateralen wahr sowie auf ähnlichem Niveau auch einen Bedeutungsverlust des Schweizer Wirtschaftsstandorts (Zustimmung jeweils rund 60 Prozent). Erneut marginal an Zustimmung hat die Aussage gewonnen, dass es ohne Abkommen künftig auch keine neuen Verträge geben wird. Keine mehrheitliche Zustimmung erhalten die Aussagen, dass die Schweiz auch nach wie

vor über jede Rechtsanpassung entscheiden könne und ein Verzicht die Schweiz der politischen Willkür ausliefern wird.

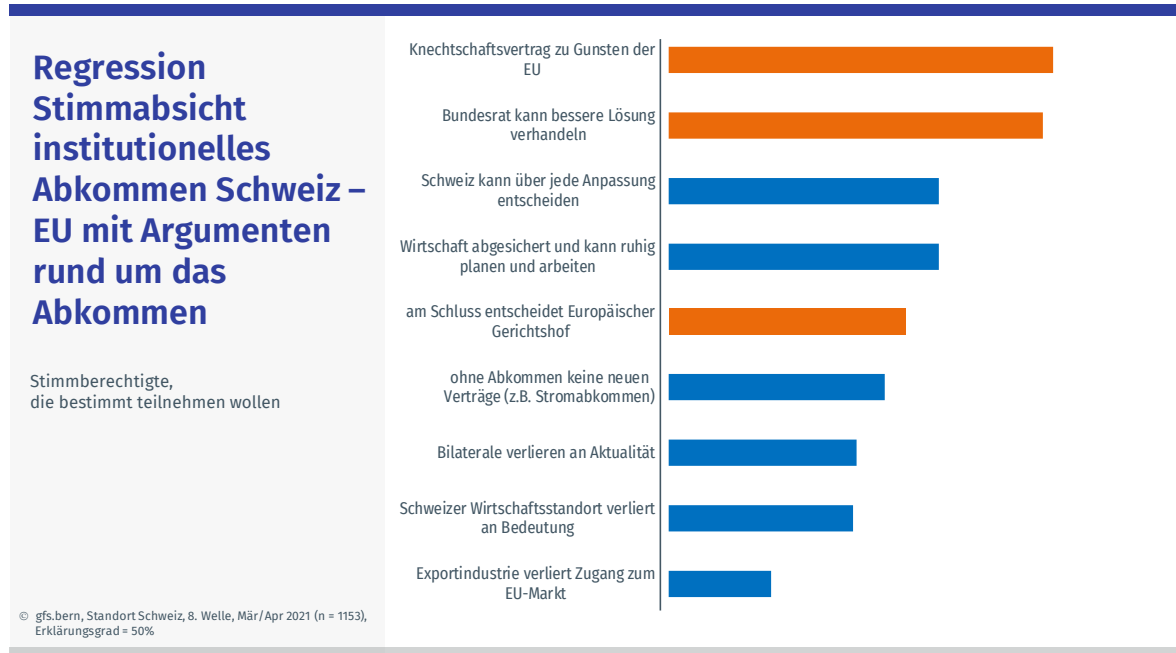
Grafik 13



Auf der Contra-Seite hat wie 2020 nur das Lohnschutzargument einen mehrheitsfähigen Status mit rund 60 Prozent Zustimmung. 45 Prozent Zustimmung hat die Aussage, dass auch mit Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und EU am Schluss sowieso der Europäische Gerichtshof entscheidet. Dass EU-Bürger durch das Abkommen schneller Recht auf Schweizer Sozialhilfe erhalten würden, der Bundesrat eine bessere Lösung verhandeln könnte oder der Vertrag eine Knechtschaft gegenüber der EU begründet, wird leicht stärker geteilt als 2020, die Zustimmung ist aber nirgends mehrheitlich.

Auch hier haben nicht alle ausgetesteten Argumente den gleichen Einfluss auf die Stimmabsichten für oder gegen das institutionelle Abkommen Schweiz–EU.

Grafik 14



Das Nein entsteht dabei im Augenblick hauptsächlich aus der Vorstellung eines «Knechtschaftsvertrags», der Kritik am Schiedsgerichtsverfahren, aber 2021 erstmals auch durch die Vorstellung, dass der Bundesrat eine bessere Lösung verhandeln kann. Aktuell keine Meinungswirkung entfachen hingegen Bedenken gegenüber einer Erosion beim Lohnschutz.

Auf der Zustimmungsseite stehen ungebrochen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund.

Insgesamt bleibt damit als Erkenntnis 2021 für die weitere Diskussion zentral, in welchem Framing eine öffentliche Diskussion zum institutionellen Abkommen geführt wird. Der Eindruck eines «Knechtschaftsvertrags», die Vorstellung, dass der Bundesrat besser verhandeln kann, oder die Kritik am EUGH als Schiedsgericht haben dabei durchaus das Potenzial, die kritischen Stimmen gegenüber dem Vertrag zu verstärken. Das Potenzial von Kritik an Lohnschutzmassnahmen ist demgegenüber kleiner, kann aber, wie die Wirkungskraft in Vergangenheit zeigt, durchaus geweckt werden.

Engt man die möglichen Kooperationsformen zwischen der Schweiz und der EU nicht auf das institutionelle Abkommen ein, können sich die Schweizer Stimmberechtigten durchaus auch andere Zusammenarbeitsformen vorstellen:

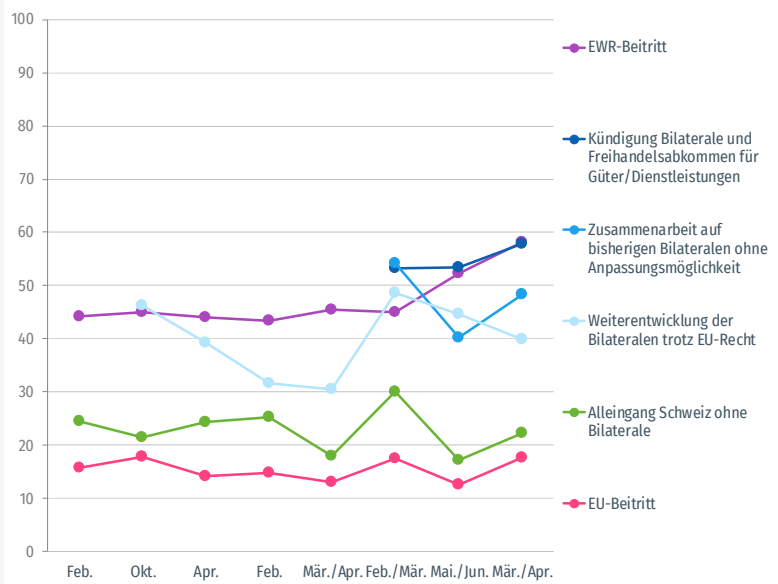
Grafik 15

Trend Szenarien Volksabstimmungen – Stimmberechtigte

"Ich nenne Ihnen nun verschiedene Szenarien, über welche das Schweizer Volk bei einer Volksabstimmung abstimmen könnte. Bitte sagen Sie mir zu jedem Szenario, ob Sie bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen sind."

in % Stimmberechtigter
Anteil bestimmt/eher dafür

© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021
(N = jeweils ca. 2300)



Mehrheiten können sich insbesondere ein EWR-Beitritt oder die Kündigung der Bilateralen zu Gunsten eines Freihandelsabkommen vorstellen, während die bisherigen Bilateralen ohne Möglichkeit zur Anpassung und das institutionelle Abkommen demgegenüber nur minderheitlich (wenn auch gewichtig) präferiert werden. Innerhalb einer solchen Auswahl erscheint damit insbesondere das institutionelle Abkommen nicht als Königsweg, es hat gegenüber 2020 sogar leicht an Priorisierung verloren. Deutlich keine Option ist hingegen, wie bisher, der Alleingang oder der EU-Beitritt. Gerade der Alleingang hat aktuell auch unter SVP-Sympathisant*innen keine Mehrheit, während der EU-Beitritt auch unter SP-Sympathisant*innen nur minderheitlich gewünscht wird.

Ganz generell stehen die Schweizer Stimmberechtigten auch nach dem knappen Entscheid zum Freihandelsabkommen mit Indonesien Freihandelsabkommen wohlwollend gegenüber:

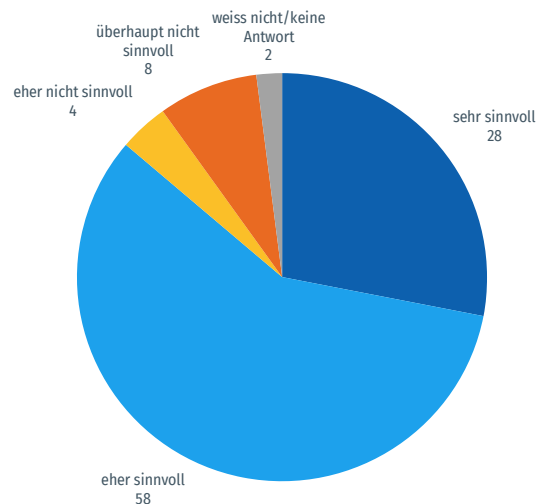
Grafik 16

Einstellung gegenüber Freihandelsabkommen

"Eine andere Art Abkommen, die aktuell immer wieder diskutiert werden, sind so genannte Freihandelsabkommen. Mit solchen Freihandelsabkommen regelt die Schweiz mit verschiedenen Ländern den gegenseitigen erleichterten Handel von Waren und Dienstleistungen.

Was ist Ihr Eindruck, sind solche Freihandelsabkommen für die Schweiz sehr sinnvoll, eher sinnvoll, eher nicht sinnvoll oder überhaupt nicht sinnvoll?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Standort Schweiz, 8. Welle, Mär/Apr 2021 (N = 2005)

86 Prozent aller Schweizer Stimmberechtigten äussern ein solches Wohlwollen, während klar minderheitliche 12 Prozent zu einem gegenteiligen Schluss kommen. Damit erscheint wichtig, dass der knappe Entscheid gegenüber dem Indonesienabkommen nicht als grundsätzliches sondern als spezifisches (minderheitliches) Veto verstanden wird.

Insgesamt erwarten die Befragten aus solchen Abkommen auf allen ausgetesteten Dimensionen positive Folgen, sowohl für die Wirtschaft, die Bevölkerung, die Versorgungssicherheit, die Arbeitsplatzsituation wie auch für die Nachhaltigkeit.

3 Methodischer Kurzbericht

Die Interpharma beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer achten Studie in der Projektreihe "Standort Schweiz – Europafragen". Hauptziel dieser Reihe ist, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten.

Das vorliegende "Wichtigste in Kürze" soll interessierten Lesern einen schnellen Zugang zu den zentralen Erkenntnissen ermöglichen. Es umfasst alle relevanten Erkenntnisse aus der Erhebung zu der Beziehung zwischen der Schweiz und Europa.

Die Ergebnisse der achten Befragung in der Projektreihe "Standort Schweiz - Europafragen" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 2'005 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 8. März und dem 16. April 2021 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dualframe-Verfahrens via Festnetz und Handy.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung			
Stichprobengrösse		Fehlerquote Basisverteilung	
		50% zu 50%	20% zu 80%
N =	2'005	±2.2 Prozentpunkte	±1.8 Prozentpunkte
N =	1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N =	600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N =	100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N =	50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen und nach Alter/Geschlecht gewichtet, eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten und einer Recall-Frage zu einer vergangenen Abstimmung.

Das hier verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der der ZHAW Winterthur, sowie am VMI Universität Fribourg

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



ALEXANDER FRIND

Projektleiter, Politikwissenschaftler

✉ alexander.frind@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung





AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.